

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
05/2015 (II)*



Liebe FreundInnen!

Können wir Staaten einfach wie Unternehmen behandeln und Bankrott gehen lassen? Oder ist das ein neoliberales Hirngespinnst, das wieder einmal das Schicksal all der Menschen ignoriert, die in diesen Ländern leben? Das war eines der Themen, über die wir in dieser Woche im Plenum diskutiert haben. Weitere wichtige Debatten und Abstimmungen gab es unter anderem zum Rederecht für unsere EU-Abgeordneten im Nationalrat, zum Bundesfinanzrahmen und zum Fremdenrechtsänderungsgesetz.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L



Top-Themen

Rederecht für EU-Abgeordnete: Europäisches Bewusstsein stärken

Der Nationalrat hat das **Rederecht für österreichische EU-Abgeordnete** beschlossen. Denn EU-Politik und Innenpolitik sind zunehmend verzahnt: "Wir wollen, dass unsere EU-Abgeordneten die Diskussionen zu europäischen Themen mit nach Brüssel und Straßburg nehmen und diese dort auch einbringen. Und wir wollen auch den umgekehrten Fall. Diese Verzahnung halte ich für notwendig. Sie **stärkt das Bekenntnis zu Europa**", sagt **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder**.

Österreichische EU-Abgeordnete können künftig im **Nationalrat bei Aktuellen Europastunden, bei EU-Erklärungen, bei Änderungen von EU-Verträgen und Erklärungen herausragender Persönlichkeiten reden**. Pro Debatte kann ein EU-Abgeordneter pro Klub für maximal fünf Minuten sprechen. Auch in Fachausschüssen (z.B. Verkehrsausschuss) gibt es in Zukunft ein Rederecht.

Eine vergleichbare Regelung gibt es in vier anderen europäischen Ländern (Bulgarien, Litauen, Niederlande, Ungarn). Österreichische EU-Abgeordnete können sich im Plenum nun **erstmalig am 24. September im Rahmen der Aktuellen Europa-stunde** in die Debatte einbringen.

Finanzrahmen: Stabiles Budget mit Offensivmaßnahmen für Beschäftigung, Pflege, Innovation

Der Bundesfinanzrahmen gibt die **Ausgabengrenzen der einzelnen Ressorts für die Jahre 2016 bis 2019** vor. Die **Politik der stabilen Finanzen** wird fortgesetzt, die Österreich niedrigste Zinsen am Kapitalmarkt bringt. Für die Jahre **2016 bis 2019 ist ein strukturelles Nulldefizit** vorgesehen, wie es auch 2014 bereits gelungen ist. "Wir sparen, wo es sinnvoll ist, **investieren in Zukunftsthemen** und verändern die Steuerstruktur in Richtung **weniger Abgaben auf Arbeit** und mehr Abgaben auf Kapital und Vermögen", fasst **SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer** die Budgetpolitik zusammen.

Besonders investiert wird in **Kinderbetreuung** und **schulische Tagesbetreuung, Pflege, Beschäftigung für ältere ArbeitnehmerInnen, Wissenschaft und Breitbandausbau**. Bei den Förderungen wird es keine Kürzungen im Bereich For-

schung und Beschäftigung geben. Außerdem sind auch die Kosten für den Parlamentsumbau mit insgesamt 296 Millionen und die Steuerreform einberechnet.

Asyl: Erstaufnahmezentren werden entlastet – Grundversorgung gesichert

Mit einer **Novelle zum Fremdenrechtsänderungsgesetz** wird das österreichische Asylwesen neu geordnet. Die **Bundesbetreuungszentren in Traiskirchen (NÖ) und Thalham (OÖ)** werden **entlastet** und die Anwesenheitspflicht dort entfällt, weil die Erstabklärung zum Asylantrag künftig auch in Außenstellen des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl erfolgen kann. **Beschleunigt werden sollen Verfahren aus sicheren Herkunftsländern** wie dem Kosovo. Bei der **Schubhaft** wird das **Prinzip der Verhältnismäßigkeit** dezidiert aufgenommen – gelindere Mittel haben Vorrang.

Durchgesetzt hat die SPÖ in den Verhandlungen, **dass AsylwerberInnen**, die aus faktischen Gründen nicht abgeschoben werden können, **nicht völlig aus der Grundversorgung fallen**, wie es das Innenministerium ursprünglich wollte. Damit wird verhindert, dass Menschen in die Obdachlosigkeit gedrängt werden. Außerdem konnte die SPÖ erreichen, dass in den Verfahren und bei der Unterbringung **besonderes Augenmerk auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** gelegt wird.

SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl lobte in der Debatte die raschen, qualitativ hochstehenden und rechtsstaatlichen Asylverfahren in Österreich und plädierte für mehr Sachlichkeit: Er äußerte **wenig Verständnis dafür, dass Flüchtlinge in Österreichs Gemeinden keine festen Unterkünfte finden** – eigentlich müsste das **bei 2.200 Gemeinden** "unaufge-regt" zu bewerkstelligen sein.

SPÖ-Klub unterstützt UNO-Kampagne "HeForShe"

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder und zahlreiche männliche **SPÖ-Abgeordnete** nutzten eine Aktion der UNO-Frauenorganisation UN-Women, die im Parlament für ihre **Kampagne "HeForShe"** warb. Sie unterstützten mit ihrer Unterschrift das Ziel der Kampagne, **möglichst viele Männer und Burschen zu bewegen, öffentlich für die Gleichstellung von Frauen und Mädchen einzutreten**. "HeForShe" wird auch international von zahlreichen Prominenten und hochrangigen Politikern – darunter US-Präsident Obama und UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon – unterstützt.

NR-Sitzung vom 20. Mai 2015

Novelle der Geschäftsordnung des Parlaments bringt Rederecht für EU-Abgeordnete ([619 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Beitrag für Entwicklungszusammenarbeit erhöhen ([426 UEA](#))

Im Zuge des Beschlusses zum Finanzrahmen wurden **Außen- und Finanzminister** in einem Antrag **aufgefordert**, einen Stufenplan zu verankern, um die **Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) auf das 0,7%-Ziel zu erhöhen**. Österreichs EZA-Beitrag ist seit Jahren unter der UNO-Empfehlung von 0,7 Prozent des BIP.

Anpassungen bei den Vorschriften zur Rechnungslegung ([589 d.B.](#))

Mit dem Rechnungslegungsänderungs-Begleitgesetz werden EU-Richtlinien bzw. Begleitbestimmungen zu EU-Verordnungen im Finanzmarktrecht umgesetzt.

Mehr Sicherheit bei Wertpapier-Abwicklung ([590 d.B.](#))

Auch mit diesem Gesetz wird EU-Recht umgesetzt: Betroffen sind so genannte Zentralverwahrer, das sind Wertpapiersammelbanken. Ziel ist eine bessere Regulierung und mehr Effizienz bei Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in Europa. Unter anderem wird die Finanzmarktaufsicht mit der Beaufsichtigung dieser Wertpapier-zentralverwahrer beauftragt. Bei Verstößen gegen Bestimmungen sind Verwaltungsstrafen vorgesehen.

Neue Mittelschule: Mehr Flexibilität bei Zusatzstunden ([600 d.B.](#))

Eine Schulgesetz-Novelle bringt den Neuen Mittelschulen (NMS) mehr Flexibilität beim Einsatz der Mittel: Bisher stellt der Bund den NMS sechs Zusatzstunden für Deutsch, Mathematik und eine lebende Fremdsprache zur Verfügung. Ab dem kommenden Schuljahr können die Schulstandorte selbst über die Verwendung dieser Zusatzstunden u.a. in Pflichtgegenständen, Schwerpunktfächern oder Förderstunden entscheiden. Das stärkt die Autonomie der einzelnen Schule – diese kann die Stunden zielgerichtet so einsetzen, wie sie gebraucht werden.

Entschließungsantrag zu UN-Kampagne "HeForShe ([620 d.B.](#)) – s. Top-Themen

NR-Sitzung vom 21. Mai 2015

Anti-AKW-Politik: Österreich bekräftigt seine Position ([592 d.B.](#))

In einem gemeinsamen Antrag aller Parlamentsparteien wird anlässlich der Tschernobyl- und Fukushima-Jahrestage die Anti-AKW-Position Österreichs bekräftigt. Gefordert wird, u.a. dafür zu sorgen, dass im EU-Investitionspaket keine Nuklearprojekte finanziert werden. Außerdem wird eine Konferenz zur Revision des EURATOM-Vertrags verlangt.

Gefahr Mikroplastik ([593 d.B.](#))

Der Entschließungsantrag fordert den Umweltminister auf, auf Landes- und Bundesebene und vor allem in den EU-Gremien das Bewusstsein für Umweltverschmutzung durch Mikroplastik zu thematisieren und konkrete, europaweite Maßnahmen zur Eliminierung der Mikroplastikverschmutzung in Flüssen und Meeren zu forcieren.

Uhudler-Rebflächen erhalten ([602 d.B.](#))

Ziel dieses Antrags ist der Erhalt der Rebflächen für den burgenländischen Uhudler, der derzeit befristet nur bis 2030 zugelassen ist. Landwirtschaftsminister Rupprechter wird aufgefordert, sich in der EU dafür einzusetzen, dass diese für das Burgenland wichtige Rebsorte über diesen Zeitraum hinaus bestehen kann und weitere Anbauflächen zugelassen werden.

Fremdenrechtsänderungsgesetz 2015 ([610 d.B.](#)) - s. Top-Themen

Polizeiliche Zusammenarbeit mit der Slowakei ([614 d.B.](#)) und mit Italien ([615 d.B.](#))

In den Abkommen über die Zusammenarbeit mit der Polizei unserer Nachbarstaaten Slowakei bzw. Italien geht es u.a. um die Bekämpfung von Korruption, erweiterte Befugnisse bei der grenzüberschreitenden Überwachung, den Schutz von Zeugen und gemeinsame Streifendienste.

Bundesmuseen – Klare Regeln für Schenkungen ([598 d.B.](#))

Eine Novelle des Bundesmuseen-Gesetzes klärt, ob bei Schenkungen an Museen diese Eigentum des Museums oder des Bundes werden. Die Novelle sieht nun vor, dass unentgeltliche Neuerwerbungen ins Eigentum des Museums übergehen, wenn das dem Willen der Vertragspartner entspricht. Eine Veräußerung der Schenkung braucht allerdings das Einverständnis von Bundeskanzleramt und Finanzministerium. In der gleichen Novelle wird die Möglichkeit geschaffen, auch in der Nationalbibliothek eine/n zweiten Geschäftsführer/in zu bestellen. Außerdem wird aus dem Naturhistorischen Museum das Naturhistorische Museum Wien.

Österreich tritt UNESCO-Konvention gegen illegalen Handel mit Kulturgütern bei ([599 d.B.](#))

Österreich setzt ein Signal gegen den illegalen Handel mit Kulturgütern und ratifiziert die entsprechende UNESCO-Konvention. Das Abkommen verpflichtet u.a. zu vorkehrenden Maßnahmen wie die Einführung und Überwachung von Ausfuhrbewilligungen für Kulturgut, die Erstellung von Inventaren, fortlaufender Bildungsmaßnahmen sowie verschiedener strafrechtlicher Sanktionen, denen Österreich insbesondere durch das Denkmalschutzgesetz und die Einrichtung des Bundesdenkmalamtes seit jeher nachkommt.

Beamten-Dienstrecht: Keine Gehaltseinbußen für Bedienstete ([604 d.B.](#))

Die Novelle zum Beamten-Dienstrecht stellt sicher, dass es durch das neue Gehaltsschema im Bundesdienst zu keinen Gehaltseinbußen für die Bediensteten kommt. Sie geht auf einen Entschließungsantrag des Nationalrats zurück und sorgt dafür, dass der Systemumstieg, der im Jänner beschlossen wurde, nicht zu Lasten der Bundesbediensteten geht. Dazu wird eine so genannte "Wahrungszulage" eingeführt. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs hatte Ende 2014 eine Besoldungsreform notwendig gemacht, weil sonst sehr hohe Nachzahlungskosten auf den Bund zugekommen wären.

"Baby-Monat" für gleichgeschlechtliche Paare

Mit der gleichen Novelle wurde u.a. außerdem der "Baby-Monat" im Öffentlichen Dienst für Homosexuelle ermöglicht: Auch für Bundesbedienstete, die in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften leben, gibt es künftig Rechtsanspruch auf unbezahlten Karenzurlaub, um sich Zeit für ein Baby nehmen zu können.

Änderungen im Dienstrecht der EisenbahnerInnen ([605 d.B.](#))

Ähnlich wie beim Beamten-Dienstrecht waren auch im Bundesbahngesetz Änderungen notwendig, die auf das EuGH-Urteil zu den Vordienstzeiten zurückgehen. Die Bestimmungen wurden neu geregelt, weil sonst auf die ÖBB immense Zusatzkosten zukommen würden. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass die Bediensteten keine Gehaltseinbußen durch die Umstellung haben.

Weitere Themen

Abhör-Vorwürfe gegen BND und NSA: Schieder für "restlose Aufklärung"

Eine "**rasche und restlose Aufklärung**" der Vorwürfe, wonach der deutsche Geheimdienst in Zusammenarbeit mit der amerikanischen NSA österreichische Einrichtungen ausspioniert habe, fordert **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder**. Allein der Verdacht, der derzeit im Raum steht, sei bereits eine sehr ernste Situation. "Innen- und Außenministerium müssen rasch die entsprechenden Schritte setzen", forderte er in der Aktuellen Stunde im Nationalrat. Wenn das Ergebnis der Untersuchung vorliegt, sollte man weitere Schritte überlegen – etwa einen **automatischen Informationsaustausch** mit dem Innen-Unterausschuss oder die Einsetzung einer **Vertrauensperson**, die Einsicht in geheimdienstliche Akten bekommt.

Gegen ein Konkursrecht von EU-Staaten

In einer Aktuellen Europastunde forderten die Neos ein "Konkursrecht für EU-Mitgliedstaaten": **SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter** ist aus sachlichen Gründen **dagegen**, wie er in der Debatte ausführte: Gerade die Entwicklung in Griechenland sei ein Beispiel, das gegen diese Forderung spricht. Die ehemalige "**Troika**" bzw. "die Institutionen", die seit fünf Jahren in Griechenland agieren, haben versagt und gehandelt "**wie ein Konkursrichter mit grotenschlechter Performance**. Man hat versucht, das mikroökonomisch anzugehen, statt zu versuchen, einen **Staat zu mehr Ertrag zu bringen**." Man muss nun **für eine Politik des Wachstums sorgen**, damit die Schuldentragfähigkeit gegeben ist, argumentierte Matznetter: "Der Vergleich mit dem Insolvenzrecht funktioniert nicht."

Rede vom 20. Mai zum Rederecht der österreichischen EU-Parlamentarier im Nationalrat

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wurde heute schon gesagt, Europapolitik ist längst ein Teil der Innenpolitik. Was heute auf europäischer Ebene beschlossen wird, wirkt direkt auf unser Leben in Österreich und umfasst alle Lebensbereiche: Das geht vom Verbraucherschutz hin bis zum Umweltschutz oder bis zum Sozialen. Auch was die Frage TTIP betrifft und die Verhandlungen, die jetzt dazu geführt werden, wird das Ergebnis letztendlich im Europaparlament mitentschieden.

Es spricht daher alles dafür und nichts dagegen, dass wir unseren Europaabgeordneten die Möglichkeit geben, hier im Parlament mit uns zu diskutieren und ihre Positionen auch hier zu vertreten und zu rechtfertigen.

Mit dem Rederecht für EU-Abgeordnete im Parlament bereichern wir, glaube ich, nicht nur die Europadiskussionen, sondern schaffen durch die Debatte hier im Hohes Haus letztendlich auch mehr Transparenz und Öffentlichkeit. Durch diese Verbesserungen können die Österreicherinnen und Österreicher leichter verfolgen, welche Gesetze in der EU diskutiert und beschlossen werden. Sie können aber auch leichter verfolgen, welche Positionen das Europäische Parlament einnimmt und welche Positionen auch wir – manchmal in Differenz zu ihnen – hier einnehmen.

Ich verstehe daher die Argumentation der FPÖ nicht im Geringsten. Warum soll es besser sein, die EU-Abgeordneten allein in den Ausschüssen und in unseren Klubs quasi hinter verschlossenen Türen anzuhören, anstatt in aller Öffentlichkeit mit Ihnen zu diskutieren?

Ihre Ablehnung, meine Damen und Herren von der FPÖ, erscheint mir schon symptomatisch. Sie zeugt von geringem Kontakt mit der Realität und auch von einem sehr geringen Selbstbewusstsein. Ich frage mich schon, Herr Darmann, in welchen Kategorien Sie denken. Sie sprechen von „Unterwerfung“. Da denke ich mir, was ist das für ein Ausdruck für Rederecht, „Unterwerfung“, wenn ich jemandem das Recht gebe, zu sprechen? *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Darmann: Symbolik!)*

Ein eingeschränktes Rederecht für 18 österreichische EU-Abgeordnete bedeutet alles andere als eine Selbstaufgabe unseres Parlaments. *(Abg. Kickl: Derjenige, der reden soll, ist aber für ein anderes Parlament gewählt!)* Wir sind ein selbstbewusstes Parlament, wir sind ein offenes Parlament und wir igeln uns nicht ein. Wir wollen die Menschen bestmöglich informieren, wir wollen uns aktiv in die EU-Politik einmischen. Das tun wir auch und dazu brauchen wir auch die Debatte. *(Abg. Kickl: Da*

braucht man jetzt gar nicht mehr gewählt werden?) – Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

12.58

Presse & Veranstaltungen

[Nationalrat – Muttonen: Rederecht für EU-Abgeordnete schafft mehr Transparenz und Öffentlichkeit \(20.05.2015\)](#)

[Muttonen zu Europatag: EU von Wirtschaftsunion zu Sozialunion ausbauen \(08.05.2015\)](#)

[Muttonen als Wahlbeobachterin in London: „Politisches System Großbritanniens verändert sich nachhaltig“ \(07.05.2015\)](#)

Europas Sozialdemokraten lehnen private Schiedsstätten für Investoren ab



Deutliche Worte gab es am Montag in dem von mir organisierten Pressegespräch zum Freihandelsabkommen TTIP: "Ob es im Europäischen Parlament eine Mehrheit für TTIP geben wird, hängt von uns Sozialdemokraten ab und wir werden außergerichtlichen Schiedsstätten nicht zustimmen. Außerdem wollen wir, dass in TTIP faire Regeln für einen globalen Handel festgelegt werden. Das heißt, dass Effizienz und Qualität entscheidend sind und Unternehmen sich nicht durch Sozial- und Umweltdumping ungerechte Vorteile verschaffen können. Eine Absenkung unserer europäischen Standards ist mit uns ebenfalls nicht zu machen."

Absender dieser klaren Position war Bernd Lange (Foto), der sozialdemokratische Vorsitzende des Ausschusses für internationalen Handel und TTIP-Berichterstatter im Europäischen Parlament (EP). Da der Berichterstatter im EP die Entscheidungen des Parlaments über Vorschlägen der Kommission vorbereitet, hat diese Aussage einiges Gewicht. Tatsächlich sieht Lange derzeit im Parlament eine parteiübergreifende Mehrheit gegen die von der Kommission geplanten Schiedsstätten.

Jordanien: Wie eine Nusschale auf einem stürmischen Ozean

Am Montag war der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Jordanischen Parlaments, Bassam al Manaseer, mit einer Delegation bei uns im Nationalrat zu Besuch. Gesprochen haben wir vor allem über die extremen Belastungen, denen Jordanien ausgesetzt ist. Jordanien ist von der Größe und von der Einwohnerzahl mit Österreich vergleichbar, hat aber in den vergangenen Jahren 1, 5 Mio. syrische und 1 Mio. irakische Flüchtlinge aufgenommen. Hinzu kommen die palästinensischen Flüchtlinge, die bereits seit einigen Jahrzehnten in Jordanien leben und über 50% der Bevölkerung ausmachen.

Mit Blick auf die vielen Flüchtlinge und die zahlreichen Kriege und Konflikte in Syrien, Irak und Jemen verglich Bassam al Manaseer sein kleines Land mit einer Nusschale, die auf einem stürmischen Ozean versucht einen sicheren Hafen anzusteuern. Angesichts der Herkulesaufgabe, die das Land zu lösen hat, damit es nicht selbst in Chaos und Gewalt versinkt, baten uns die jordanische Abgeordneten um Hilfe. Dabei ging es nicht nur um die direkte Unterstützung der Flüchtlingslager mit Unterkünften, Lebensmitteln und medizinischer Versorgung. Die Parlamentarier aus Amman warben auch für mehr österreichische Investitionen und eine bessere Kooperation im Tourismus. Direkt an uns Abgeordnete ging auch die Bitte, Jordanien beim Aufbau ihres parlamentarisch-demokratischen Systems zu unterstützen, etwa durch eine Partnerschaft der beiden Parlamente.

Besuch aus Beijing – Engere Sicherheitskooperation wichtiges Thema

Alte Bekannte durfte ich am Montagnachmittag begrüßen, als mich eine chinesische Delegation unter der Leitung des Stellv. Präsident der Parteihochschule des Zentralkomitees der KP Chinas (CCPS), Hr. HUANG Hatao besuchte. Einige der Delegationsmitglieder hatte ich bereits auf meiner Chinareise im vergangenen Herbst kennengelernt. Dass es jetzt so rasch zu einem Gegenbesuch gekommen ist, zeigt das Interesse der Chinesen ihre Kontakte zur SPÖ auszubauen.



Ich habe das kurze Treffen genutzt, um als Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für meine Idee einer engeren Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der in Shanghai angesiedelten zentralasiatischen Sicherheitsorganisation SCO zu werben. Angesichts der kritischen Lage in der Ostukraine, im Kaukasus und in Afghanistan wäre eine bessere Zusammenarbeit der beiden regionalen Sicherheitsorganisationen sinnvoll und würde allen Seiten Vorteile bringen.

Mit dabei bei dem Treffen, waren außerdem unsere kulturpolitische Sprecherin Elisabeth Hakel, Professor Gerd Kaminski von der Österreichisch-Chinesischen Gesellschaft und mein Mitarbeiter Sebastian Lüking.

UK Wahlbeobachtung

Vom 5. bis 8. Mai war ich für die OSZE in London, um die britischen Unterhauswahlen zu beobachten. Im Vorfeld der Wahlen habe ich interessante Gespräche mit VertreterInnen aller Parteien, der britischen Wahlrechtsbehörde, den Medien und der renommierten London School of Economics führen können. Dabei ging es vor allem darum, wie die Briten ihr striktes Mehrheitswahlrecht an die zunehmende Realität einer zersplitterten Parteienlandschaft anpassen können. Es ging aber auch um die Haltung der Briten zur EU. Der Ausgang der Wahl dürfte schließlich wegen des von den Tories angekündigten Referendums direkte Auswirkungen auf die EU und somit auch auf uns in Österreich haben.

Der befürchtete Patt zwischen den großen Parteien und ein möglicher – und in Großbritannien bislang weitgehend unüblicher Koalitionspoker – sind aufgrund des überraschend deutlichen Wahlausgangs nun erstmal ausgeblieben. Langfristig dürfte aber auch auf der Insel die Dominanz der zwei großen Parteien – Labour und Tory – zu Ende gehen.

Für den Rest Europas dürfte jetzt spannend sein, wie sich die Diskussion rund um das für 2016 oder 2017 anvisierte EU-Referendum gestalten wird. Ich hoffe zumindest, dass die neue Regierung aus dem Wahlkampfmodus schaltet und eine rationalere Europapolitik betreibt anstatt die bisherige populistische Anti-EU-Stimmungsmache fortzusetzen.



Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at